Aus Plus am Lohnzettel wird ein Minus

ASTAT: Entwicklung der Gehälter öffentlich Bediensteter unter der Lupe – Inflation frisst Lohnsteigerung auf

BOZEN. 32.786 Euro haben öffentlich Bedienstete im Jahr 2014 durchschnittlich brutto verdient. Im Jahr 2017 waren es 33.722 Euro. Und dennoch wurde für Beamte, Lehrer und Co. im selben Zeitraum aus dem Plus auf dem Gehaltszettel ein leichtes Minus. Schuld daran ist, wie nun vorgelegte Zahlen des ASTAT belegen, der inflationäre Wertverlust.

Vor allem jüngere Beamte bis zu einem Alter von 29 Jahren, mussten im untersuchten Zeitraum neben dem realen auch einen nominalen Rückgang bei der Entlohnung hinnehmen. So ergab sich bei den 3835 25- bis 29-jährigen Arbeitnehmern im Jahr 2017 ein Minus von 2,6 Prozent. Zurückzuführen sei dieser Umstand laut Landesstatistikinstitut wohl darauf, „dass in diesen Altersgruppen die Zahl der Beschäftigten mit befristeten Verträgen eingestiegen ist, die unter kürzeren bezahlten Zeiten und verhinderten Fortschritten nach Dienstalter leiden".

Die einzigen Altersgruppen, die die Kaufkraft ihres Gehaltes aufrecht erhalten konnte, sind jene im Alter zwischen 30 und 49 Jahren. Bei ihnen schwankt das Plus zwischen einem und 3,1 Prozent. Zwar ein Plus am Gehaltszettel hat auch die mit 9987 Personen größte Altersgruppe der öffentlich Bediensteten, jene der 50- bis 54-Jährigen. Sie verzeichneten einen Anstieg von 1,8 Prozent aber einen realen Verlust von 0,8 Prozent.

Düster schaute es laut ASTAT bei all jenen aus, die mit befristetem Vertrag angestellt waren. Sie mussten im untersuchten Zeitraum sowohl ein deutliches nominales Minus von 12,2 Prozent als auch einen realen Verlust von 14,5 Prozent am Gehaltszettel hinnehmen.

Das Minus ist aber nicht bei allen öffentlichen Arbeitgebern gleich dick. Während nämlich die Mitarbeiter der Lokalverwaltung, im Bereich Schule und bei den Gesundheitsdiensten zwischen 2014 und 2017 ein reales Minus zwischen 0,4 und einem Prozent hinnehmen mussten, durften sich etwa Staatsbeamte und Gerichtspersonal über ein reales Plus am Lohnstreifen von 2,5 Prozent freuen.

Das Arbeitsförderungsinstitut AFI mahnt aber zur Vorsicht. Die vom ASTAT veröffentlichten Zahlen zur Entlohnung im öffentlichen Dienst seien keine Richtschnur für die laufenden Verhandlungen zum bereichsübergreifenden Kollektivvertrag der öffentlich Bediensteten, heißt es in einer Aussendung. Die Zahlen seien zwar rechnerisch korrekt, nur würden sie wenig darüber aussagen, wie es um die effektiven Lohnbiografien von öffentlich Bediensteten in Südtirol im letzten Jahrzehnt bestellt ist. Immerhin würden in den untersuchten Zeitraum genau die einzigen beiden Lohnerhöhungen fallen, die es seit 2011 gegeben hat.

© Alle Rechte vorbehalten

Im Treibsand

Aus Plus am Lohnzettel wird ein Minus

Die sozialgeschichtliche Facette der Geschichte